



**EUROPÄISCHER RAT
DER PRÄSIDENT**



Straßburg, den 23. Oktober 2012 (25.10)
(OR. en)
EUCO 198/12
PRESSE 443
PR PCE 169

**Rede von
Herman VAN ROMPUY,
Präsident des Europäischen Rates,
vor dem Europäischen Parlament**

Nach einer kurzen, aber von Herzen kommenden Würdigung der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union, die von uns allen als Anerkennung vergangener Leistungen und als Aufforderung zur Intensivierung unserer Bemühungen für die Zukunft verstanden wurde, hat sich der Europäische Rat auf seiner Tagung vergangene Woche schwerpunktmäßig mit zwei wirtschaftspolitischen Themen befasst, nämlich der Umsetzung des im vergangenen Juni beschlossenen Pakts für Wachstum und Beschäftigung und der Erörterung des Zwischenberichts über die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Wir haben ferner einige außenpolitische Fragen erörtert und uns mit einer Angelegenheit befasst, die – wie mir bewusst ist – für Sie von Belang ist, nämlich der Ernennung eines Kandidaten für den frei gewordenen Posten im Direktorium der Europäischen Zentralbank; diese Frage wurde sowohl von mir als auch von Ihrem Präsidenten in seinen Äußerungen zu Beginn der Tagung zur Sprache gebracht.

Das Eintreten für die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist als Ziel der Union im Vertrag verankert. Die gestrige Abstimmung über die Ernennung in Ihrem Wirtschaftsausschuss ist als Ausdruck des Bedenkens zu verstehen, dass in dieser Hinsicht – insbesondere was die Europäische Zentralbank betrifft – noch viel zu tun bleibt. Ich stelle jedoch auch fest, dass der Ausschuss anerkannt hat, dass keinerlei Zweifel an den fachlichen Kompetenzen des Kandidaten bestehen.

Was mich betrifft, so habe ich auf der Tagung des Europäischen Rates vergangene Woche nachdrücklich an die Staats- und Regierungschefs appelliert, geeignete weibliche Kandidaten für freie Posten auf europäischer Ebene zu finden und vorzuschlagen, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen, in denen Frauen eklatant unterrepräsentiert sind. Ich habe betont, dass wir diesen Prozess aktiv fördern müssen.

Ausgehend von dieser Bekräftigung des Eintretens für eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern hoffe ich, dass das Parlament seine endgültige Entscheidung über den derzeitigen Kandidaten für das EZB-Direktorium allein nach den Kriterien der fachlichen Kompetenzen und der Erfahrung treffen wird. Der freie Posten muss dringend besetzt werden.

P R E S S E

Dirk De Backer - Sprecher des Präsidenten - ☎ +32 (0)2 281 9768 - +32 (0)497 59 99 19
Preben Aamann - Stellvertretender Sprecher des Präsidenten - ☎ +32 (0)2 281 2060 - +32 (0)476 85 05 43
press.president@consilium.europa.eu <http://www.european-council.europa.eu/the-president>

EUCO 198/12

1

DE

Damit möchte ich zu den wirtschaftspolitischen Fragen übergehen, die im Mittelpunkt unserer Beratungen standen. Zuerst: Wachstum und Beschäftigung.

Europa krankt nach wie vor an einem mangelnden Wachstum: 25 Millionen Menschen in der Union, insbesondere junge Menschen, sind arbeitslos. Die Wachstumsprognosen insgesamt für das nächste Jahr sind bestenfalls bescheiden. Ich bin mir der Auswirkungen, die dies auf unsere Gesellschaften hat, schmerzlich bewusst. In mehreren Ländern gestaltet sich die Anpassung schwieriger und langwieriger, als viele erwartet hatten. Auch ohne die Krise im Euro-Raum wäre es notwendig gewesen, die Haushaltsdefizite einzudämmen und die Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Daher ist es umso mehr erforderlich, die Lasten dieser Anpassung gerecht aufzuteilen und unsere Politik konkret auf eine Verringerung der Arbeitslosigkeit auszurichten. Dabei können und sollten die Instrumente der EU helfen.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderung von sozial integrativem Wachstum ist nach wie vor unsere höchste Priorität und unser oberstes Ziel. Die im Rahmen des Pakts für Wachstum und Beschäftigung eingegangenen Verpflichtungen können nicht zurückgestellt werden: Sie müssen durch entschiedenes Handeln in konkrete Ergebnisse umgesetzt werden. Dies gilt mit besonderer Dringlichkeit für die Umsetzung des 120-Mrd.-Euro-Pakets, das wir im Juni vereinbart haben, für Fortschritte im Hinblick auf den Binnenmarkt und für unsere Ziele im Rahmen der Strategie Europa 2020. Es gilt auch für rasche Maßnahmen zur Unterstützung der sozialen Inklusion, zur Förderung von Forschung und Entwicklung, zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industriesektoren und zur Ausschöpfung des internationalen Handelspotenzials.

Im November werden wir auf einer Tagung des Europäischen Rates den mehrjährigen Finanzrahmen erörtern. Wir brauchen einen wachstumsorientierten EU-Haushalt. Auch wenn er nur 1 % des europäischen BIP darstellt, so kann er als Investitionshaushalt eine enorme wachstumsfördernde Wirkung haben.

Natürlich trägt die Wiederherstellung des Vertrauens im Euro-Raum ganz entscheidend dazu bei, dass die Binnennachfrage und das Wachstum wieder zunehmen. Wir können derzeit die ersten positiven Ergebnisse unserer vielfältigen Maßnahmen feststellen. Lassen Sie mich einige Beispiele anführen:

Die Risikoauflagen gehen in fast allen Ländern des Euro-Währungsgebiets deutlich zurück, die Haushaltsdefizite sind inzwischen in den meisten Ländern niedriger, Wettbewerbsfähigkeit und Ausfuhren haben in allen Ländern zugenommen, die künftige einheitliche Bankenaufsicht ist ein wichtiger Durchbruch, und wir haben vor zwei Wochen den Europäischen Stabilitätsmechanismus verabschiedet, so dass sich unser Rettungsschirm jetzt auf 700 Mrd. EUR beläuft.

Im konkreten Fall Griechenlands sind wesentliche Fortschritte erzielt worden. Die Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets haben eine Erklärung abgegeben, in der die Entschlossenheit der griechischen Regierung, ihren Verpflichtungen nachzukommen, begrüßt und die außerordentlichen Anstrengungen des griechischen Volkes gewürdigt werden. Die Euro-Gruppe wird diese Fortschritte anhand des bevorstehenden Berichts der Troika prüfen und die entsprechenden Entscheidungen treffen.

Der zweite zentrale Punkt unserer Beratungen betraf den Zwischenbericht, den ich in Zusammenarbeit mit den Präsidenten der Europäischen Kommission, der Euro-Gruppe und der Europäischen Zentralbank erstellt habe; diese Gruppe von vier Präsidenten hat sich im Übrigen auch mit Ihrem Präsidenten, Martin Schulz, getroffen. Meine Dienststelle hat ferner die Mitgliedstaaten und die Delegation des Europäischen Parlaments konsultiert, deren Beitrag sehr hilfreich war; außerdem habe ich einige Ihrer Berichterstatter, Koordinatoren und Ausschussvorsitzenden persönlich getroffen.

In diesem Zwischenbericht ging es darum, Konzepte zu präzisieren und den Grad an Unterstützung für verschiedene neue Ideen auszuloten, damit wir im Dezember Schlussfolgerungen dazu ziehen können. Es wurden die Punkte hervorgehoben, in denen Übereinstimmung besteht, und Bereiche dargelegt, in denen weitere Arbeiten erforderlich sind. Der Europäische Rat hat den Auftrag erteilt, diese Arbeit fortzusetzen und einen genauen Fahrplan mit Terminvorgaben vorzuschlagen, der ihm auf seiner Tagung im Dezember vorgelegt werden soll, damit er in Bezug auf alle wesentlichen Bausteine einer echten WWU weitere Fortschritte erzielen kann.

Unsere erste Priorität dabei waren Fortschritte im Bereich der finanziellen Integration. Im Juni haben wir uns darauf verständigt, den Teufelskreis zwischen Banken und Staatsverschuldung zu durchbrechen. Nun geht es in erster Linie darum, einen einheitlichen Aufsichtsmechanismus einzurichten, um Bankenrisiken und eine grenzüberschreitende Ansteckung von vornherein zu verhindern. Deshalb hat der Europäische Rat zügige Fortschritte angemahnt, damit bis zum 1. Januar 2013 eine Einigung über die rechtlichen Rahmenbedingungen erzielt werden kann. Sobald dies geschehen ist, könnte der einheitliche Aufsichtsmechanismus im Laufe des nächsten Jahres effektiv zum Einsatz kommen. Wir alle tragen enorme Verantwortung dafür, diesen ehrgeizigen Zeitplan einzuhalten. Wir können es uns nicht leisten, in unseren Bemühungen nachzulassen.

Bei der Einrichtung des Aufsichtsmechanismus müssen die folgenden Aspekte berücksichtigt werden:

- Es muss eine klare Trennung zwischen den geldpolitischen Aufgaben der EZB und ihren Aufsichtsfunktionen geben.
- Die EZB sollte in der Lage sein, in differenzierter Weise eine direkte Aufsicht auszuüben, indem sie nämlich bei den Aufsichtsaufgaben so weit wie möglich auf die nationalen Behörden zurückgreift.
- Bei der Gestaltung und bei der Einführung des einheitlichen Aufsichtsmechanismus wird auf die Integrität des Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen geachtet werden.
- Außerdem sollte der Mechanismus allen offenstehen und transparent sein: Alle Mitgliedstaaten können ihm gern jederzeit beitreten. Diese Offenheit sollte sich in der Steuerungsstruktur niederschlagen, wobei alle angemessene Rechte und Pflichten haben sollten.

Der einheitliche Aufsichtsmechanismus ist ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem vollständigen integrierten Rahmen für den Finanzsektor. Überdies müssen rasch weitere Schritte unternommen werden, angefangen mit der Harmonisierung der einzelstaatlichen Abwicklungs- und Einlagensicherungssysteme; anschließend wird die Kommission einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus vorschlagen.

Wie im Juni vereinbart, wird – sobald ein wirksamer einheitlicher Aufsichtsmechanismus eingerichtet ist – eine direkte Rekapitalisierung durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus möglich sein. Wir haben die Euro-Gruppe ersucht, die genauen operativen Kriterien hierfür auszuarbeiten.

Für eine stabile Wirtschafts- und Währungsunion benötigen wir auch stärker integrierte Rahmen für die Haushalts- und für die Wirtschaftspolitik. Auf beiden Gebieten haben wir bereits viel getan. Lassen Sie es mich so formulieren: Wenn wir alle unsere Instrumente – das Sechserpaket, das bevorstehende Zweierpaket, das Europäische Semester mit seinen länderspezifischen Empfehlungen, das neue Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht, den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung usw. – in vollem Umfang nutzen, dann ist das bereits ein großer Schritt auf dem Weg zu einer Fiskal- und Wirtschaftsunion! Um jedoch die Stabilität des Euro-Währungsgebiets auf Dauer sicherzustellen, müssen wir auch in der Lage sein, wirtschaftliche Schocks besser aufzufangen, und uns um eine wirtschaftspolitische Konvergenz bemühen.

Diesbezüglich haben einige neue Ansätze in meinem Bericht Beachtung gefunden. Ich habe den Auftrag erhalten, diese Ansätze zusammen mit meinen Kollegen bis Dezember weiter zu prüfen. So habe ich in meinem Bericht unter anderem angeregt, dass die Mitgliedstaaten als Reaktion auf die länderspezifischen Empfehlungen des Rates mit den EU-Organen individuelle Vereinbarungen vertraglicher Natur über die von ihnen zugesagten Reformen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung schließen sollten.

Ein weiterer Ansatz ist die Möglichkeit einer angemessenen Fiskalkapazität für das Euro-Währungsgebiet. Dieser neue Ansatz muss weiter sondiert werden, und es bestand Einvernehmen darüber, – und ich möchte das betonen – dass dieser Prozess unabhängig von der Vorbereitung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens sein wird.

Unbedingt notwendig für die neue Wirtschafts- und Währungsunion sind uneingeschränkte Legitimität und Rechenschaftspflicht. Im Grundsatz sind wir uns alle einig, dass die demokratische Kontrolle auf der Ebene erfolgen sollte, auf der die Entscheidungen getroffen werden. Auch muss diese vertiefte WWU auf den institutionellen und rechtlichen Rahmen der EU beruhen, und es muss sichergestellt werden, dass sie für die Mitgliedstaaten, die nicht dem Euro-Währungsgebiet angehören, offen und transparent bleibt.

Wie bei allen regelmäßigen Tagungen des Europäischen Rates war es mir ein Anliegen, einen Teil unserer Zeit strategischen Beratungen über unsere Außenbeziehungen und unsere Außenpolitik zu widmen. Dabei standen zwei Themen im Mittelpunkt.

Erstens, unsere Beziehungen zu China – wobei wir etwas Abstand gewinnen und uns mit der langfristigen Entwicklung beschäftigen wollten. Ich habe den Europäischen Rat über das Gipfeltreffen mit China vom vergangenen September unterrichtet, das sehr positiv verlaufen ist. Wie Sie wissen, findet in diesem wichtigen Partnerland derzeit ein Führungswechsel statt, wie er nur alle zehn Jahre vorkommt. Wir hatten einen Gedankenaustausch darüber, wie wir einen konstruktiven Dialog mit der neuen Führung eingehen können. Wir müssen bei unseren Kontakten auf allen Ebenen dieselben Botschaften, sowohl einfache als auch schwierige, an Beijing vermitteln. Die chinesische Seite hat ein Paket von Vorschlägen für die künftige Zusammenarbeit zwischen der EU und China vorgelegt. Wir werden im gleichen Geiste mit unseren eigenen Vorschlägen darauf reagieren. Wir werden uns zur Vorbereitung des nächsten Gipfeltreffens, das voraussichtlich im Herbst 2013 in China stattfinden wird, erneut mit dieser Frage beschäftigen.

Zweitens haben wir uns mit Krisengebieten in der Welt befasst: Syrien, Iran und Mali. Es war in der Tat das erste Mal, dass wir die Entwicklungen in Mali auf Ebene des Europäischen Rates erörtert haben. Die Situation hat sicherheitsspezifische, humanitäre und regionale Auswirkungen auf die Sahelzone. Sie könnte sich darüber hinaus zu einer Bedrohung unserer eigenen Gesellschaft und unserer Sicherheit entwickeln. Die Union leistet ihren Beitrag zu den internationalen Bemühungen um eine Stabilisierung der Lage unter Federführung der VN. Wir haben beschlossen, unsere eigene Planung für eine etwaige militärische Krisenbewältigungsoperation der EU zu beschleunigen und die internationalen militärischen Truppen im Einklang mit der jüngsten Resolution 2071 des VN-Sicherheitsrates zu unterstützen.

Abschließend möchte ich feststellen: Dies war ein positiver Gipfel. Es ist gut für Europa, dass wir im Laufe des nächsten Jahres einen funktionierenden einheitlichen Aufsichtsmechanismus haben werden. Bis Dezember werden wir nun auf weitere Fortschritte im Hinblick auf die Stärkung unserer Wirtschafts- und Währungsunion hinarbeiten. Auf kurze Sicht wird die Wiederherstellung des Vertrauens im Euro-Währungsgebiet den größten Beitrag zum Wachstum leisten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.
